

Porto  
zahlt der  
Empfänger!

KPÖ-Wien  
Drechslergasse 42  
1140 Wien

## Antwortkarte

Ich möchte:

- Forderungsprogramm der KPÖ
- Broschüre „KPÖ in Aktion“
- Falter Energiegrundsicherung
  
- Probenummer „Volksstimme“
- Probenummer „Die Arbeit“

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

E-Mail: .....

Impressum: E.H.V.: KPÖ-Wien, Drechslergasse 42,  
1140 Wien. Mail: [wien@kpoe.at](mailto:wien@kpoe.at), Web: [wien.kpoe.at](http://wien.kpoe.at)

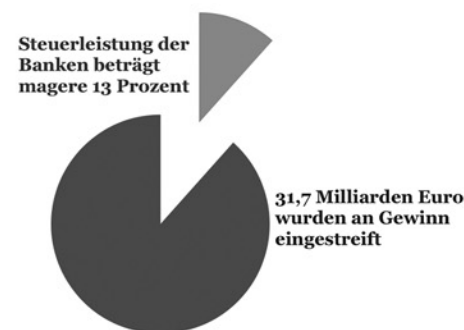
## Wo das Geld zu holen ist...

Für die Krise sollen jene zahlen, die jahrelang an den Entwicklungen am Finanzmarkt milliarden schwer profitiert haben. Meint die KPÖ. Und schlägt konkret vor:

- Aufhebung der steuerschonenden **Privatstiftungen** (ca. 80 Mrd. Euro in 3.300 Stiftungen)
- Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** (2009 besaßen 68.900 MillionärInnen 210 Mrd. Euro)
- **Erbschaftssteuer** wieder einführen (Freibetrag 400.000 Euro lt. GPA-Modell)
- Eintreibung der **Steuer- und Abgabenschulden** der Unternehmen (1,74 Mrd. Steuern, 0,96 Mrd. Euro Sozialabgaben)
- Einführung einer **Bankenabgabe** (0,15 Prozent der Bilanzsumme bringt 1,4 Mrd. Euro)
- Erhöhung der **Körperschaftsteuer** und Aufhebung der Gruppenbesteuerung (statt 25 Prozent zahlen die Kapitalgesellschaften real nur 17,4, Banken gar nur 7,4 Prozent)
- Anhebung des **Spitzensteuersatzes** (60 Prozent ab 100.000 Euro Jahreseinkommen)
- Wiedereinführung einer **Börsenumsatzsteuer**
- Umstellung der Dienstgeberbeiträge für Sozialversicherung und Kommunalsteuer auf **Wertschöpfungsabgabe**

## Nein zum Mega-Sparpaket nach dem 10. Oktober

### Die Verursacher der Krise sollen zahlen:



Rund 31,7 Milliarden Euro haben die heimischen Banken von 1997 bis 2007 an Gewinn eingestrichelt. An Steuern mussten nur rund 4,17 Mrd. Euro bezahlt werden - was einer effektiven Steuerbelastung von mageren 13 Prozent entspricht. Daten laut AK.

### Profite und große Vermögen endlich höher besteuern! Die Macht der Banken brechen!

**KPÖ**  
Linke Liste  
[wien.kpoe.at](http://wien.kpoe.at)

# Der Katalog der Grausamkeiten

Als 2008 die Finanzkrise ausbrach schnürten die Regierungen, auch die österreichische, über Nacht Milliardenpakete zur Rettung angeblich systemrelevanter Banken.

Einen Milliarden-Nachschlag für die Banken gab es 2010 zur Rettung Griechenlands vor dem Staatsbankrott und des Euro. Dass damit die Staatshaushalte aus den Fugen geraten sind, ist logisch.

Doch die Regierungen denken nicht daran, das Geld zur Budgetsanierung von den Profiteuren am Finanzmarkt, deren Spekulationen die Krise ausgelöst hat, zu holen - von den Banken und Zockern. Zahlen sollen vielmehr wieder die Lohnabhängigen. Und dafür werden europaweit Belastungspakete geschnürt oder wurden bereits vorgelegt.

In Österreich scheuen SPÖ wie ÖVP aber aus wahltaktischen Gründen eine Offenlegung ihrer Pläne. Erst nach den Wahlen in der Steiermark und Wien im Herbst wird die Katze aus dem Sack gelassen. Allerdings sickern laufend neue „Vorschläge“ durch. Die Pläne für den sozialpolitischen Kahlschlag liegen also bereits in den Schubladen der Regierung.

Und so zeichnet sich zusammengefasst ein „Katalog der Grausamkeiten“ ab, der nach den Wahlen in Wien am 10. Oktober auf den Tisch kommt:

- Erhöhung der **Mehrwertsteuer**
- Als Ökosteuern verbrämt Erhöhung der **Mineralölsteuer** und der **Autobahn-Vignette**
- Weiterer Teuerungsschub für die ohnehin rapid steigenden Wohnkosten durch Erhöhung der **Grundsteuer**
- Abschaffung der Steuerbegünstigung für den **13./14. Bezug**
- Verschlechterung der **Familienbeihilfe** bei Bezug für im Ausland lebende Kinder, Streichung der 13. Auszahlung und Gewährung nur mehr bis zum 19. Lebensjahr der Kinder, womit Studieren explizit wieder zum Privileg der Reichen würde
- Reduzierung der **Stipendien**
- Kürzung der Mittel für **AMS-Kurse**
- Verschlechterungen der **Altersteilzeit**
- Verteuerung beim Nachkauf von **ASVG-Versicherungszeiten**
- Auslaufen der **Hacklerregelung**
- Hinaufsetzung des **Pensionsalters** Richtung 70 Jahre
- Allgemeine **Pflegeversicherung** statt Finanzierung über höhere Steuern auf Profite und Millionenvermögen
- Erhöhung der **Selbstbehalte** im Gesundheitswesen statt Wertschöpfungsabgabe
- Als Mix von Mindestsicherung und Transparenzdatenbank Kürzung oder Streichung von **Sozialleistungen**
- **Nullrunden** für Pensionen und den öffentlichen Dienst
- Weitere **Privatisierungen** bei den Staatsanteilen von Post, Telekom, ÖBB, BIG, Verbund und Bundesforsten

## Für eine „Solidarische Gesellschaft“

Neoliberaler Kapitalismus setzt auf schrankenlosen Wettbewerb und Konkurrenz. Er zerstört Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Krise verschärft diese Entwicklung weiter.

Der Begriff „Reform“ wurde von der etablierten Politik neoliberal ins Gegenteil verkehrt. Reform wird heute meist als Bedrohung empfunden.

Die Wiederherstellung elementarer Solidarität ist daher ein wichtiges Ziel linker Politik. Sie verdeutlicht den Gegenpol zur Rechtsentwicklung.

Darum fordert die KPÖ „**Gleiche Rechte für alle**“, denn „**Es ist genug für alle da**“.

Wir kämpfen gegen das Auseinanderdividieren der Menschen und setzen auf die **Erfahrung von Solidarität** aus gemeinsamen Kämpfen und Aktionen.

Der Kampf um konkrete Verbesserungen ist ein erster und wichtiger Schritt linker Politik.

Wir sehen dies im Zusammenhang mit grundsätzlichen Fragen und einer gesellschaftlichen Perspektive. Mit einer „**solidarischen Gesellschaft**“.